



Newsletter April/2020

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

momentan dominiert nur ein Thema: das Corona-Virus. Die Sorge um die eigene Gesundheit sowie die unserer Angehörigen beschäftigt uns Tag für Tag. Gleichzeitig spüren wir die vielen Maßnahmen, die uns in unserer lieb gewonnenen Bewegungsfreiheit einschränken. Ich rede mit vielen Menschen, die ihre Arbeit neuerdings aus dem Home-Office erledigen oder ihrer Arbeit nicht mehr in gewohnter Weise nachgehen können. Viele sorgen sich um ihre wirtschaftliche Lage. In Berlin haben wir im Eiltempo milliarden schwere Hilfspakete geschnürt, um Betroffene und Betriebe in dieser Krise zu unterstützen. Ich bin froh, dass wir in der Regierung viele erfahrene SPD-Ministerinnen und -Minister haben, die alle einen tollen Job erledigen und eine deutliche sozialdemokratische Handschrift hinterlassen. Wie schon in der Regierungskrise 2017 zeigen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einmal mehr, dass die Menschen auf uns vertrauen können. Mit diesem Newsletter will ich einige wesentliche Punkte aufgreifen.

Viel Spaß bei der Lektüre

Ihre

Inhaltsverzeichnis:

**Demokratie & Grundrechte
schützenS. 2**



**Handlungsfähiger Sozialstaat
statt Turbokapitalismus.....S. 3**



**Die Schlagbäume sind wieder
gefallen – Europa muss
zusammenbleiben.....S. 3**



Demokratie und Grundrechte schützen

In gemeinsamen Bund-Ländertreffen wurden zuletzt Maßnahmen beschlossen, mit weitreichenden Beschränkungen unserer Freiheiten.

- Der Schulunterricht wurde flächendeckend eingestellt.
- Die Kindertagesstätten arbeiten nur noch im Notbetrieb.
- Kontakte im öffentlichen Raum sind weitgehend eingeschränkt.
- Bis auf wenige Ausnahmen müssen Geschäfte und Gaststätten geschlossen bleiben.
- Kultur- und Sportveranstaltungen werden abgesagt.

All diese Maßnahmen bedeuten für uns Einschränkungen, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat und die meisten von uns wohl noch nicht erlebt haben. Freiheitliche Standards und Gewohnheiten sind plötzlich abhandengekommen und das erschreckt viele Menschen. So wurde mir das vielfach in meinen Bürgersprechstunden geschildert. Dennoch, ich halte die derzeitigen Kontaktsperren sowie das Abstandsgebot für notwendige Maßnahmen, um die Ansteckungsketten zu unterbrechen. Nach mehreren Treffen und Abwägungsprozessen wurden angemessene Maßnahmen getroffen, um unser höchstes Gut, unsere Gesundheit zu schützen. Es wurde **nicht willkürlich** gehandelt und das ist der entscheidende Punkt.

Wichtig ist auch die Frage wie lange Versammlungs- und Arbeitsverbote gelten dürfen, denn sie bedeuten für viele Menschen erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Einbußen. Für mich als Sozialdemokratin steht das Wohl und die Gesundheit von uns allen an oberster Stelle. Dennoch muss jede Entscheidung hinsichtlich ihrer Intensität und Dauer regelmäßig geprüft werden.

Als Bundestagsabgeordnete stehe ich mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen, mit den Landtagsabgeordneten und Kommunalpolitiker/innen per Telefon- und Videoschalten in ständigem und engem Austausch, um genau diese Fragen zu erörtern. In vielen meiner Telefonsprechstunden informiere ich viele Bürgerinnen und Bürger und nehme Hinweise entgegen. So ist es möglich, Erkenntnisse und Informationen direkt nach Berlin weiterzureichen.

Ich danke an dieser Stelle auch allen Bürgerinnen und Bürgern, die wachsam sind, sich Gedanken machen um unser Gemeinwohl und um unsere Demokratie und ich danke ihnen auch dafür, dass sie sich in dieser Krisenzeit direkt an mich wenden, telefonisch oder schriftlich. So ist es möglich auch persönliche Erfahrungen mit auf den Weg zu geben.

Mit unseren erfahrenen Ministerinnen und Ministern als Teil der Regierung und in enger Zusammenarbeit auf allen politischen Ebenen sowie in regem Informationsaustausch mit der Bevölkerung haben wir starke **demokratische Antworten**, um uns **gemeinsam** durch diese Krise zu bringen.



Rede im Bundestag zu sozialen Grundrechten



Gemeinsam mit Außenminister Heiko Maas kämpfe ich für die Aufnahme von Kindern aus griechischen Flüchtlingslagern



Reichstagskuppel Berlin, symbolisch für Demokratie und Transparenz



In ständigem und engem Austausch mit Politikern in Land und Kommunen



Handlungsfähiger Sozialstaat statt Turbokapitalismus

Mehr als 700 Milliarden Euro nimmt die Bundesregierung in die Hand. Damit sollen z.B. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Behindertenwerkstätten unterstützt werden, genauso wie Selbständige und natürlich die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wegen der Virus-Krise nicht arbeiten können. Diese Anstrengung und vielfältigen Maßnahmen zeigen, dass wir einen funktionierenden und handlungsfähigen Sozialstaat haben, der die Menschen auffängt und für sie da ist.

Die Krise zeigt auch, dass Turbokapitalismus - nicht nur in solchen Zeiten - kein gesellschaftliches Konstrukt ist, das trägt. Wir sehen das auf tragische Weise in den USA. Dort wird seit jeher dem wirtschaftlichen Erfolg alles untergeordnet. Die Folge: Kliniken sind schlecht für Notfälle gerüstet, weil beispielsweise Beatmungsgeräte in normalen Zeiten totes Kapital sind. Die Menschen werden schlecht oder gar nicht versorgt, weil es in den Vereinigten Staaten keine flächendeckende Krankenversicherung gibt. Was also lernen wir daraus?

Wir brauchen einen Sozialstaat mit guten Auffangnetzen. Wir brauchen einen solidarischen Staat, in dem stärkere Schultern mehr tragen müssen als schwächere. Eine nur auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Wirtschaft hält keinen Puffer vor und kein Auffangnetz bereit.

Pflegepersonal, Ärztinnen und Ärzte, KassiererInnen, Bus-, LKW-Fahrerinnen und -fahrer, handwerkliche Fachkräfte oder auch das Reinigungspersonal, das Krankenhäuser und Einrichtungen hygienisch hält, ErzieherInnen und Erzieher und viele andere mehr kümmern sich, versorgen uns und tragen mit ihrer Arbeit ganz entscheidend zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. In vielen Fällen bekommen sie nicht so viel Geld wie sie verdienen. Deshalb ist es richtig, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine stärkere Sozialpartnerschaft mit flächendeckender Tarifbindung eintreten.

Die Schlagbäume sind wieder gefallen – Europa muss zusammenbleiben

Das Virus und die Angst davor, dass es sich ungehindert ausbreitet, haben dazu geführt, dass innereuropäische Schlagbäume wieder aufgestellt wurden. Plötzlich gibt es wieder Grenzkontrollen und kilometerlange Staus.

Sich national abzuschotten mag notgedrungen die richtige Maßnahme sein, um die Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern, doch dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland mehr als jede andere Nation in Europa von offenen Grenzen profitiert, ja gar abhängig ist.

Wir an der französischen Grenze erleben es täglich und unmittelbar, was es bedeutet, befreundete Nachbarn zu besuchen oder ungehindert zum Arbeiten die Grenze zu überqueren. Auch als Vorstandsmitglied der deutsch-französischen Parlamentsversammlung liegen mir die Beziehungen zu Frankreich besonders am Herzen.



Olaf Scholz und Hubertus Heil haben als SPD-Minister wichtige und milliardenschwere Schutzschirme für die Menschen auf den Weg gebracht.



Familienministerin Giffey (SPD) hilft Familien und Kindern in der Krise



Die Europäische Union: Raum der Freiheiten und der Menschenrechte



Doch es geht um mehr:

Deutschland exportiert 60 Prozent seiner Güter in die Mitgliedsstaaten der EU. Je ungehinderter die Warenströme fließen, desto mehr können wir verkaufen, mit positiver Auswirkung auf unser nationales Einkommen, unsere Arbeitsplätze und schließlich unseren Wohlstand.

Die andere entscheidende Herausforderung liegt darin, dass die Menschen in den europäischen Mitgliedsstaaten unsere Produkte kaufen können. Es muss uns deshalb sehr viel daran gelegen sein, dass es gelingt, die wirtschaftlichen Schäden für unsere europäischen Partner möglichst gering zu halten.

Die Diskussionen um Corona-Bonds, Eurobonds oder den Europäischen Schutzmechanismus (ESM) als mögliche Mittel gegen die Krise sind deshalb sehr entscheidend für uns alle. Als Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU, kann ich den Vorschlag unseres Finanzministers Olaf Scholz für das Drei-Säulen-Modell mittragen, unter der Bedingung, dass den Ländern nicht im Gegenzug abverlangt wird, ihre Haushalte auf Kosten ihrer sozialen Auffangnetze zu sanieren. Es muss vielmehr darum gehen, dass in allen europäischen Mitgliedsstaaten die sozialen Mindeststandards und sozialen Schutzschilde so weiterentwickelt werden, damit wir künftige Krisen, gemeinsam bewältigen und überstehen können.

Lassen Sie mich abschließend sagen, was Sie schon oft gehört haben in diesen Tagen. Abstand halten heißt nicht soziale Distanz.

#Zusammenhalt, #Zuhausebleiben darauf kommt es an – in der Gesellschaft und vor allem in der Familie.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen Frohe Osterfeiertage.

Ihre Angelika Glöckner



Deutsch-französisches Abgeordnetentreffen im Grenzland-Kindergarten in Liederschiedt



Gemeinsamer Einsatz mit MdB Martin Schulz für ein starkes und soziales Europa

